

*20 Jahre Thüringer Liberale
Weimar, 6. August 2010*

20 Jahre danach
Gedanken über den Zustand von Politik und Gesellschaft in Deutschland

von Dr. Wolfgang Gerhardt MdB

- Es gilt das gesprochene Wort -

Wir erinnern uns alle an die bemerkenswerten Ereignisse im Spätherbst 1989, an die DDR-Flüchtlinge der Prager Botschaft, an die erlösenden Worte Hans-Dietrich Genschers, an das durchschneiden des Grenzzauns zwischen Ungarn und Österreich, ebenso wie an die Pressekonferenz von Günter Schabowski, die Öffnung der Berliner Mauer und an unsere ersten Begegnungen. Man vergisst sie nicht.

Der erste, dem ich begegnete, war Hartmut Siegmann, er kam an einem dieser Abende von Ost nach West durch die Berliner Mauer, wir trafen uns am Ku'damm, seine beiden Kinder begleiteten ihn und wir wussten, dass es eine enge Zusammenarbeit nicht nur der FDP zwischen Hessen und Thüringen geben sollte. Als ich dann als hessischer Wissenschaftsminister und stellvertretender Ministerpräsident die Friedrich-Schiller-Universität in Jena besuchte, traf ich Peter Röhlinger und Karlheinz Gutmacher. Wir gestalteten den Jura-Studiengang an der Schiller-Universität neu, viele hessische Professoren, an ihrer Spitze, der Ihnen allen bekannte Professor Simitis, engagierten sich mit großer Freude. Der hessische Landeskonservator, Professor Gottfried Kiesow, wusste, welche Bedeutung das Andreasviertel in Erfurt hatte, er schlug vor, sofort einige Häuser zu sanieren, um auf jeden Fall Plänen, dieses Viertel gänzlich zu durchqueren, eine Absage zu erteilen. Das gelang und wir gaben Familien ihre Häuser wieder zurück, die ihnen weggenommen worden waren. Die Denkmalpflege überhaupt kam zu einer intensiven Zusammenarbeit und das Landesamt wurde, auch Dank des großen Engagements unseres Parteifreundes Professor Fickel, neu aufgebaut. Ich sah in diesem Zusammenhang, im Übrigen zu ersten Mal, die Krämerbrücke, das Augustinerkloster in Erfurt, das Bach Haus in Eisenach, die Wartburg und vieles andere mehr.

Die wenigsten hatten mit dieser Chance noch gerechnet. Aber alle, die vor 20 Jahren im August 1990 in Hannover am Vereinigungsparteitag zur Gesamtdeutschen Freien Demokratischen Partei teilnahmen, hatten die Hoffnung nie aufgegeben. Die Delegierten, die aus Ostdeutschland nach Hannover kamen erzählten ganz andere Lebensgeschichten und berichteten über politische Hindernisse

und Schikanen, wenn sie ihren eigenen Überzeugungen Ausdruck geben wollten. Diejenigen, die aus der Bundesrepublik anreisten, erinnerten sich, wie ich auch, an einen Parteitag 1967, ebenfalls in Hannover, auf dem durch das Engagement von Wolfgang Mischnick, Hans-Dietrich Genscher und Hans-Wolfgang Rubin die Hallsteindoktrin und die Oder-Neiße-Linie, große Tabuschwelen deutscher Politik beiseite geräumt wurden. "Verzichtspolitiker" das war danach der noch gelindeste Vorwurf, der uns entgegengebracht wurde, aber wir waren überzeugt, dass nur über Überwindung von Mauer und Stacheldraht dereinst ein wiedervereinigtes Deutschland seinen Platz in Europa finden könnte. Der Brief des damaligen Bundesaußenministers Walter Scheel zur deutschen Einheit, der Bestandteil des Vertrages mit Moskau wurde, ist dafür, am Ende eines mutigen politischen Weges, das entscheidende historische Dokument.

Ein Mann, und das möchte ich hier heute in Weimar sagen, verkörperte jedoch für mich selbst – und ich glaube auch für viele andere in dieser Situation – die stille Hoffnung von Millionen. Mit seiner bescheidenen Art, seinem politischen Verstand und seiner unerschütterlichen Überzeugung war Wolfgang Mischnick, dieser charaktvolle Mann, der nie müde werdende Vertreter des Strebens der Deutschen nach Einheit in der Freiheit. An ihn heute zu erinnern, der im Übrigen ja auch Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit war, ist für mich eine Verpflichtung. Wir schulden ihm großen Dank.

I.

Seit nunmehr 20 Jahren leben wir alle zusammen, glücklicherweise in Freiheit. Wir alle müssen uns ihrer allerdings immer wieder selbst vergewissern, die Grundlagen der Freiheit verteidigen und ihren Gefährdungen mit Wachsamkeit begegnen.

Freiheit ist nicht nur durch Diktatur und Unterdrückung gefährdet. Sie ist gefährdet durch die, die mit ihr nichts anfangen können; durch die, die sie überdehnen und durch die, die sich nicht an Spielregeln halten.

Manche fürchten zudem, dass Freiheit anderen mehr nutzt als ihnen selbst. Andere empfinden Freiheit als unbequem. Bei ihnen fehlt die Bereitschaft, zwischen der Aufrechterhaltung eines sozialen Sicherheitsanspruches an den Staat und eigener Verantwortung zur Erhaltung der Freiheit neu zu disponieren. Eine Gesellschaft aber, die sich einseitig zu Lasten Dritter vor dem Scheitern bewahren will, gefährdet die Freiheit. Freiheit und persönliche Verantwortung sind zwei Seiten einer Medaille, ohne die eine Bürgergesellschaft nicht funktioniert. Persönliche Freiheit heißt, selbst entscheiden zu können und selbst entscheiden zu wollen. Einschließlich des Risikos, auch scheitern zu können. Der freiheitliche Charakter von Gesellschaften besteht darin, Menschen zu eigener Ver-

antwortung zu befähigen. Das soll und muss das unverwechselbare Ziel liberaler Politik sein und bleiben.

Parlamente und Recht, föderativer Staatsaufbau und Marktwirtschaft, das ist nicht schon die Sache selbst. Was zur Sicherung der Freiheit hinzukommen muss, sind Überzeugungen und auch Bewusstsein für Institutionen und Regeln. Ein Bekenntnis zur Vernunft, eine Haltung mit Weitsicht, die persönliche Qualität von Verlässlichkeit und die Kraft zur Toleranz und zur Gesetzestreue. Bürger wird man nicht allein durch Geburt, Personalausweis oder durch Rechte, sondern durch Haltung, sonst bleibt man Untertan.

Wie Freiheit dauerhafter gemacht werden kann, damit sie auch hinreichend Reformkräfte in schwierigen wirtschaftlichen und politischen Krisenlagen hervorbringen kann und ein waches Empfinden für die Gefährdungen des Gemeinwesens, das ist neben der Bewältigung des Beschäftigungsproblems in Deutschland so außerordentlich wichtig. All dies ist in Deutschland nicht übermäßig stark ausgeprägt.

Freiheit wird in Deutschland gewünscht, wenn sie abhanden gekommen ist. Freiheit wird weniger geschätzt oder als selbstverständlicher Besitz betrachtet, wenn man sie hat.

Bei den Herausforderungen mit denen wir es zu tun haben, geht es nicht in erster Linie um Geld. Wir müssen uns der Grundlagen unserer Ordnung bewusst werden und sie auch verteidigen. Wer sich selbst nicht mag, der kann auch niemanden integrieren.

II.

Unter dem Zwang zu Veränderungen gilt es vor allem, unsere eigenen Schief lagen aufzudecken und zu überwinden. Einstellungen und Haltungen müssen sich ändern. Die wirtschaftlichen, die gesellschaftlichen und die sozialen Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland erfordern eine offene Inventur

Die sozialen Systeme haben sich als Barriere gegen Beschäftigung entwickelt und gehen einer Erosion entgegen. Die Überführung individueller Lebensvorsorge ins steuer- und beitragsfinanzierte Kollektiv ist so nicht mehr finanzierbar. Die Übernahme der Risiken durch den Staat und das Hinauszögern notwendiger Korrekturen mag den Konkurrenzmechanismus zwischen Parteien noch eine Weile aufhalten, Arbeitsplätze schafft er nicht.

Die Reglementierung in allen Bereichen ist zu einem Wettbewerbsnachteil im internationalen Bereich geworden. Sie geht inzwischen so weit, dass sie Selbstverantwortung beeinträchtigt und damit genau das zerstört, was in einer freien Gesellschaft zu den Grundbausteinen gehört.

Die Höhe der Steuer- und Abgabenlast hat Leistungsbereitschaft beschädigt. Der Staat nimmt zu viel und gibt zu wenig.

Wir haben noch immer, auch wenn die Arbeitslosenzahlen sinken, zu wenige Arbeitsplätze und dennoch unendlich viel zu tun. Wir haben noch immer den spätesten Berufseintritt und die jüngeren Rentner. Wir sind zu technischen Spitzenleistungen fähig und haben noch immer gleichzeitig die größte Technikangst. Wir haben riesige Chancen, aber viele fühlen sich noch immer nur von Risiken umstellt.

Ein Gemeinwesen, das verantwortlich handeln will, das kann sich aber nicht ausschließlich Risiken entziehen. Wirklichkeitsflucht ist kein Rettungsweg.

III.

Der Zufall, der bei der Kombination unserer Erbanlagen waltet, macht uns alle zwar einzigartig, aber nicht alle einzigartig begabt, sondern auch einige einzigartig durchschnittlich. Menschen gerecht zu werden bedeutet, unterschiedlichem Leistungsvermögen gerecht zu werden, sonst geht es ungerecht zu. Es gibt Menschen, die mit Chancen nichts anzufangen wissen. Und es gibt andere, die diese Fähigkeit haben. Das, was jemand als Lebensleistung erringt, ohne die Rechte anderer zu verletzen, sollte ihm auch gerechterweise zustehen. Es zerstört die Grundlagen einer freiheitlichen Ordnung, wenn Erfolg Gegenstand von Missgunst und Neid wird.

Eigenverantwortlichkeit, Subsidiarität und marktwirtschaftliche Rahmenordnungen mit den Prinzipien Privateigentum, Gewerbe- und Vertragsfreiheit, offene Märkte und stabiles Geldwesen – sie erfüllen eine soziale Funktion in der Marktwirtschaft. Die Alternative ist ebenso klar: umfassender Vorsorgestaat, Sozialstaat der Verteilung, administrierte Ökologie, Gängelung und Tendenz zu genereller Interventionsbereitschaft auf allen Ebenen. Das ist bequemer, es ist aber falsch.

Es gibt keinen Staat, der auf Dauer Arbeitsplätze halten könnte wenn die Produkte oder Dienstleistungen, die sie anbieten, nicht mehr verkauft werden können.

Nicht weitere Anabolika für den Staat, sondern Dopingkontrollen sind notwendig. Weg vom Vollkaskostaat, eigene Verantwortung statt Anspruchsdenken, Subsidiarität vor Vollversorgung, das ist unbequemer, aber es ist richtig.

Das sind Zeichen für die Qualität einer reifen und vitalen Gesellschaft: Verantwortungs- und Leistungsbereitschaft, Toleranz und Weltoffenheit, Flexibilität, Wille zur Selbständigkeit und Risikobereitschaft, Fähigkeit zu selbständigem Urteil, Qualifizierungsanstrengungen, das alles sind notwendige Haltungen.

Deutschland hat viele entscheidende Standortvorteile. Es hat eine sehr gute Infrastruktur. Es hat eine moderne medizinische Versorgung. Es hat qualifizierte Arbeitnehmer und es besitzt die Fähigkeit zu technischen Höchstleistungen. Deutschlands Potentiale werden aber nicht ausreichend genutzt.

Die Politik hat lernen müssen, dass es nicht mit Frühverrentung, nicht mit pauschaler Arbeitszeitverkürzung zu mehr Dynamik in der wirtschaftlichen Entwicklung kommt, sondern nur, wenn deutliche Anreize für Investitionen und dann Beschäftigung in Deutschland gesetzt werden. Den Bürgerinnen und Bürgern muss durch Senkung der direkten Steuern, die im übrigen für die Personengesellschaften in den mittelständischen Betrieben, die inhabergeführt werden, auch gleichzeitig die betrieblichen Steuern sind, und von denen alle Ausbildungs- und Arbeitsplätze erwarten, mehr Raum für Konsum und Investitionen belassen werden. Den mobilen Produktionsfaktoren Kapital und Technologie muss über steuerliche Signale der Anreiz gegeben werden, im Land zu bleiben oder ins Land zu kommen.

Auch die Tarifpartner tragen große Verantwortung für die Beschäftigungsentwicklung in unserem Land. Angesichts massiver Wettbewerbs- und Beschäftigungsprobleme brauchen wir eine flexible und betriebsnähere Lohnpolitik. Den Betrieben muss ein flexibles Reagieren auf wirtschaftliche Probleme und auf wirtschaftliche Lagen ermöglicht werden. Rahmenregelungen müssen Rahmenregelungen bleiben. Grundsatzspannen und Reichweiten reichen aus. Das Tarifkartell muss sich renovieren.

Der Mittelstand schafft 65 Prozent der Arbeitsplätze, 85 Prozent der Ausbildungsplätze, 52 Prozent des Bruttonettoproduktes und zahlt 60 Prozent aller Steuern. Der Mittelstand braucht tarifpolitische Maßanzüge und keine Konfektionsware.

IV.

Deutschland kann sein relatives und absolutes Wohlstandsniveau nur halten, wenn es ihm gelingt, auch in Zukunft zur Spitze zu zählen, und dies bedeutet, modernste Technik in Produkte und Produktionsverfahren umsetzen, moderne Dienstleistungen zu erbringen und zur Produktinnovation fähig zu sein.

Es wird auch nicht ausreichen, in Deutschland eine Steuerreform zu machen, die sozialen Sicherungssysteme zu reformieren, zu deregulieren, Märkte zu öffnen, wenn nicht entscheidende Impulse mit einer Bildungsstrukturreform gesetzt werden. Mit alten Produkten werden Märkte nicht gehalten und neue Dienstleistungen setzen Qualifizierung, Bildung und Ausbildung voraus. Als allererstes sollte die Schulstrukturdiskussion über die Dauer der Grundschule beendet werden. Entscheidungen über die Chancen eines Kindes fallen früh, die Schule kommt oft zu spät. Frühkindliche Bildung ist das Thema am Beginn des Lebens, nicht die End-

losschleife der Schule zwecks Kompensation von unterlassener Zuwendung nach hinten. Wer an seinem Hemd den oberen Knopf nicht richtig zuknöpft, der kommt auch am Ende nicht klar.

Eine falsche Anerkennungs- und Bewertungshierarchie muss in unserem gesellschaftlichen Denken beendet werden. Ein Hochschulabschluss schlägt bis heute einen Berufsbildungsabschluss. Elite beschränkt sich aber nicht nur auf theoretisch ausgebildete Akademiker. Es gilt, Kopf und Hand zu bilden, wenn wir mit den Herausforderungen der Zukunft fertig werden wollen und die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes und unserer Gesellschaft weltweit sichern wollen.

V.

Wir sind nicht allein auf der Welt. Es gibt nicht nur deutsche Branchen und Befindlichkeiten. Es gibt europäische Reibungsverluste und die Themen sind nicht nur Geldtransfer und Warenhandel.

Es kehrt manches an Unverträglichkeit und engstirnigem Denken wieder, was wir schon beschrieben hatten. Nach Jahrzehnten treffen uns ethnische Probleme wie ein Kulturschock.

Eine Generation, die weder die nationalistische Diktatur noch die stalinistische erlebt hat und die sich kaum militärisch bedroht fühlt, mag dazu neigen, Europa als ein Ärgernis anzusehen. Eine ältere Generation, die zwei Hyperinflationen erlebt hat, neigt dazu, Bedenken gegen eine einheitliche europäische Währung aus ihrem kollektiven Gedächtnis zu mobilisieren.

Deutschland wird aber seine Rolle nur international dauerhaft und stabil finden, wenn es europäisch eingebettet ist und bleibt. Seine geographische Lage und seine Geschichte lassen ihm gar keine Alternative. Und für die Wirtschaft, für Beschäftigung in Deutschland, liegt die Beseitigung von Hemmnissen in unserem Interesse. Der freie Verkehr von Waren, Dienstleistungen und Kapital ist zu unserem Nutzen und sichert bei uns Arbeitsplätze. Die Europäische Union ist für uns und für Beschäftigung bei uns ein riesengroßer Markt.

Die Währungsunion verlangt von allen Mitgliedstaaten den Abbau struktureller Defizite. Sie verlangt von allen Mitgliedstaaten Haushaltskonsolidierung und Rückführung der Verschuldung. Sie verlangt von allen Mitgliedstaaten Reformen der sozialen Sicherungssysteme und den Abbau hoher Steuer- und Abgabenlasten.

Einen gemeinsamen Binnenmarkt im echten Sinn gibt es nur dann, wenn die beteiligten Nationen wirkungsvoll daran gehindert werden, dort unilateral zu handeln, wo gemeinsam Interessen berührt sind.

Europa ist Teil eines unvollendeten und mit Rückschlägen versehenen Werkes. Aber Kritik und Einwände sollten eines berücksichtigen: Es hat uns die längste Friedensperiode in diesem Jahrhundert gebracht, es hat dazu beigetragen, dass die Spaltung unseres Kontinents langsam überwunden wird und es hat unsere Freiheit gesichert. Zu einer internationaler werdenden Politik gibt es keine Alternative, und schadet unseren wohlverstandenen nationalen Interessen.

VI.

Die Vielzahl von Bindungen und die Last von vielen eingegangenen Verpflichtungen drückt die Politik oft auf den Boden. Sie braucht aber Energie zu Kurskorrekturen.

Es geht um die Bewertung unserer eigenen Verfassung, unserer geistigen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kondition. Freiheitliche Gesellschaften müssen auch zu Anstrengungen fähig sein, die jenseits von materiellen Anreizen liegen. Welche Energien sie freisetzen und ob es ihnen gelingen kann, an die Stelle demotivierender und lähmender Perspektiven auch motivierende Problemlösungskompetenzen zu setzen, wird ganz entscheidend sein für ihre demokratische Zukunft.

Wir werden dabei Rückschläge erleiden, weil wir in unserer Gesellschaft Tabus aufbrechen müssen: Wir werden gebremst werden, weil massive Widerstände auftreten, aber wir dürfen nicht zögern, diesen Weg gehen zu wollen.

Liberale haben die Quellen der Erfolgsgeschichte unseres Landes geprägt. Die marktwirtschaftliche Grundorientierung war die Voraussetzung des wirtschaftlichen Aufschwungs und der sozialen Sicherheit. Die Außenpolitik nach Ost und West war die Chance zum friedlichen Zusammenleben mit unseren Nachbarn und zur Wiedervereinigung. Die Freiheitsidee war und bleibt die Grundlage unserer Verfassung genauso wie der Mut und der Wille vieler Bürger der DDR, die couragiert die Mauer überwunden haben. Liberale Prinzipien waren es, die uns aus der Katastrophe von 1945 und aus der Teilung Deutschlands herausgeführt haben. Liberale vertreten so klar wie keine andere politische Grundrichtung Haltungen, die die Qualität einer Gesellschaft ausmachen: Persönliche Initiative, Verantwortungsbereitschaft, Kreativität und Leistungs- und Risikobereitschaft.

Wir wissen, dass liberale Ordnungen nicht ohne befestigte Linien auskommen und dass Utopien einer vergangenen Epoche angehören. Auch wenn sie von vielen theoriesüchtigen, intellektuellen Milieus immer wieder hervorgekramt werden.

Dahrendorf wusste, dass eine freie Gesellschaft dafür anfällig ist, aber er sagt, es mache sie deshalb nicht falsch. Wir müssen allerdings moderne Freiheit als Freiheit in der Bürgergesellschaft neu

bestimmen und sie verankern. Das Nachdenken über Freiheit darf seinen politischen Kern – die Freiheit von Unterdrückung und Verfolgung, die Freiheit der liberalen Demokratie – nie aufgeben. Aber wir müssen die auf den privaten Schutz und die persönliche Unabhängigkeit des einzelnen abzielende Freiheit auch als Freiheit in der Gemeinschaft entwerfen.

Es gilt Freiheit und Bürgergesellschaft mehr als bisher in Verbindung zueinander zu bringen. Die Verwirklichung von Freiheit in der Bürgergesellschaft zielt nicht auf eine reine Sphäre der individuellen ökonomischen Zweckmäßigkeit oder einen entpolitisierten Raum der Selbstverwirklichung oder eine Überdehnung der Freiheit im Namen der Freiheit. Freiheit in der Bürgergesellschaft konstituiert sich im Spannungsfeld von individuellen Chancen und sozialen Bindungen und Verpflichtungen. Ohne soziale Verpflichtungen, ohne den Bezug auf die Freiheit der anderen und die Freiheit in Gemeinschaft, zerfällt eine „freie“ Gesellschaft. „Menschen sind soziale Wesen. Sie können sich selbst nicht bestimmen ohne Bezug zu anderen. Sie können ihre Absichten nicht verfolgen ohne die Begleitung von anderen. Sie können die Welt nicht kultivieren ohne und für andere.“ (Dahrendorf)

Freiheit ist deshalb nie ein *cold project*, sondern der zeitgemäße politische Kern einer Bürgergesellschaft. Ein programmatischer Entwurf der FDP muss darauf hinaus. Es geht um aktive freiheitliche Politik zur Verbesserung von Lebenschancen von Menschen.

Impulse geben und glaubwürdig durchhalten für Wachstum und Arbeitsplätze, sparen und gleichzeitig Transparenz in das Steuersystem bringen, die sozialen Sicherungssysteme wetterfest machen, Finanzmarktregeln und europäische Verfahren neu entwerfen, frühkindliche Bildung nach vorne bringen und Freiheit in der Bürgergesellschaft beschreiben und lebenswert machen – darum und um vieles mehr geht es.

Bisher bleiben wir unter unseren Möglichkeiten und Potentialen. Wir unterfordern unsere Gesellschaft. Es wird Zeit, ein Bewusstsein für die neuen Herausforderungen zu entwickeln; eine Haltung zu deren Bewältigung einzunehmen, eine den Aufgaben entsprechende öffentliche Meinung herzustellen und so das gesellschaftliche Klima zu prägen.